

2. Thesaurierender Fonds für Radwege

Motion Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Felix Hoesch (SP, Zürich), Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 8. März 2021
KR-Nr. 62/2021, RRB-Nr. 574/26. Mai 2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden. Das Wort hat der Erstunterzeichner Tobias Mani, Wädenswil.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil): Wir fahren eigentlich fort, wo wir am Vormittag aufgehört haben (KR-Nr. 62/2021). Es geht wiederum um einen Fonds. Dieses Mal aber nicht für die Uferwege, sondern für die Radwege. Ich gebe es zu: Dieser Vorstoss war mehr oder weniger einen Copy-Paste-Vorstoss. Das hat natürlich auch einen Grund. Denn, wenn wir es bei den Uferwegen machen, dann macht es Sinn, dass wir auch einen solchen Fonds bei den Radwegen installieren. Dort ist die genau gleiche Problematik. Es ist ja auch im Gesetz gleich beieinander geregelt. Das eine Mal geht es um den Paragraphen 28b des Strassengesetzes und dieses Mal um den Paragraphen 28a. Die gleiche Problematik: Auch hier werden die budgetierten Mittel nur teilweise verwendet und verfallen deshalb Jahr für Jahr. Es macht Sinn, auch wegen des nachhaltigen Effektes, dass die nicht ausgeschöpften Mittel im Fonds bleiben, sodass sie dann in den Folgejahren weiter für Radwege zur Verfügung stehen, dass, wenn auch mal grössere Projekte vorliegen, die Finanzierung problemlos gewährleistet ist. Ich bitte Sie auch diesen Vorstoss zu unterstützen. Vielen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Ich muss ganz leicht ausholen. Sie kennen den rostigen Paragraphen. Wenn Sie ihn noch nicht kennen: Der ist für die «gescheitesten» Vorstösse und amtlichen Handlungen in der Schweiz ausgesetzt, jedes Jahr. Und es findet jedes Jahr eine schöne Preisverleihung statt. Ja, lieber Tobias Mani, Felix Hoesch, Monica Sanesi Muri und Manuel Sahli, ich hoffe, ihr kommt in die Kränze. Es gibt noch einen blöderen Vorstoss. Ich kenne einen: Steuerschulden und Einkäufe im Kanton Thurgau mit Bitcoin zu zahlen. Das war eine einfache Anfrage der Kantonsräte Oliver Marti, SVP, und Marco Rüegg, GLP. Sie wollen jetzt einen Fonds machen? Für die Radwege sind 30 Millionen vorgesehen. Und auch hier: Der Rat wird nicht, wenn es 31 oder 32 Millionen kostet, Nein sagen; ganz sicher nicht. Aber auch hier wollen Sie Beamte einstellen, die Verwaltung aufblähen und einen Fonds machen. Ja, in was wollen Sie denn investieren, Frau Sanesi? So gescheit wie ihr Kollege aus dem Thurgau: in Bitcoins? Das braucht ja keinen Strom. Und Tobias Mani, bei einer fallenden Börse: in die Börse? In den Fonds muss investiert werden – oder nur in eine Obligation. Aber die Zinsen gehen hoch. Also, einen dümmere Vorstoss wie diesen – Entschuldigung, das erlaube ich mir jetzt mal zu sagen – habe ich noch nicht gesehen. Den letzten haben Sie schon überwiesen. Also, ich bitte Sie nochmals,

sich das zu überlegen, denn da Ja zu sagen, macht null Sinn. Das ist von einer Tasche in die andere. Und wenn Sie kein Geld haben, dann haben Sie es sowieso nicht, dann müssten Sie sich ja noch verschulden. Also, blöder geht es nicht, Entschuldigung. Lehnen Sie das ab und nicht nur die bürgerliche Seite, die wirtschaften kann und weiss, wie man wirtschaften muss, damit man nämlich sein Tageswerk erledigen kann.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Wir haben hier wirklich eine Copy Paste-Motion der vorherigen Motion für einen Fonds für Uferwege. Über die Begründung musste ich doch etwas schmunzeln. Es braucht einen Fonds für Radwege, weil es einen Fonds für Uferwege braucht: null Inhalt, null Sinn. Die Ausgangslage ist doch etwas anders als bei den Uferwegen. Denn die ordentlichen budgetierten Mittel für Radwege wurden in den letzten Jahren mit einer Ausnahme immer aufgebraucht. Und wie es Ihnen auch Hanspeter Amrein jetzt schon zweimal erläutert hat: Es ist ja gesetzlich verankert, und dieser Rat stimmt Radwegprojekten immer zu, so wie auch letztes Jahr. Im November haben wir über 70 Millionen Franken für eine Veloschnellroute und Radweglückenschliessung bewilligt; einstimmig haben wir diesen Kredit bewilligt. Es ist über drei Mal so viel wie im ordentlichen Budget vorgesehen ist. Sie haben Angst, dass das Geld für Radwege nicht eingesetzt wird. Ich kann Sie wirklich nicht verstehen, Tobias Mani: Diese Motion ist absoluter Unsinn. Und ich denke auch nicht, dass du mit mir all die Radwege abfahren möchtest, denn ich glaube, dazu bräuchten wir ein, zwei Monate Zeit. Die finanzpolitischen Nachteile eines Fonds habe ich Ihnen in der vorgehenden Motion erläutert. Die SVP wird diese Motion nicht überweisen.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Wir haben dem thesaurierenden Fonds für die Uferwege zugestimmt und stimmen auch dem thesaurierenden Fonds für die Radwege zu.

Der geforderte Fonds für Radwege wird aus dem Strassenfonds gespiesen und ist somit ein Fonds im Fonds. Das ist nicht optimal. Wir überweisen trotzdem, weil wir Druck machen wollen, damit die Veloinfrastruktur ausgebaut wird, dass diese 900 Schwachstellen endlich saniert werden und dass das Velo als vollwertiges Verkehrsmittel wahrgenommen wird. Wir unterstützen die Motion, damit die Regierung den Tatbeweis erbringt, dass sie vorwärts macht mit der Umsetzung des sicheren und attraktiven Velonetzes.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Ich will die Diskussion nicht verlängern, aber Herr Schweizer, also wirklich, was ist das? Ist das «tröteln» oder was? Dann machen Sie doch eine parlamentarische Initiative, dass nicht 30, sondern 100 Millionen in ihre Velowege investiert werden. Das ist parlamentarische Arbeit. Aber was ihr hier macht, ist keine parlamentarische Arbeit; das kostet Geld, das kostet Zeit und die Chance, dass wir Geld mit ihren Vorstössen verlieren, ist sehr sehr gross.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Die ablehnende Haltung der Zürcher Regierung richtet sich nicht gegen das Velo – das möchte ich hier klar sagen –, sondern gegen diesen thesaurierenden Fonds und die Nachteile, die damit verbunden sind. Auch hier noch zur Klarheit: Für den Ausbau des Radwegnetzes stehen aktuell jährlich rund 15 Millionen Franken aus dem Strassenfonds zur Verfügung. Dieser Beitrag kann vom Kantonsrat über das Budget jederzeit erhöht werden. Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt, dass die Mittel jedes Mal für den Ausbau der Veloinfrastruktur und die Behebung der Schwachstellen ausgeschöpft wurden. Es gab 2016 einmal eine Abweichung; diese war aber klar mit der Situation rund um die Kulturlandinitiative verbunden, wo man zuerst schauen musste, wie es damit weitergeht. Das ist die einzige Ausnahme. Wir haben auch Mittel für die Realisierung von Grossprojekten. Ich verweise auf den im November 2021 bewilligten Objektkredit für die Veloverbindung im Zusammenhang mit dem SBB-Projekt «MehrSpur Zürich-Winterthur». Dieses beinhaltet die Realisierung der Veloschnellroute Wallisellen für 23 Millionen Franken und eine Velo-Hauptverbindung in Dietlikon-Wangen-Brütisellen für 49 Millionen Franken, also vielmehr, als in ihrem Fonds vorhanden wäre. Hinzu kommt noch das Velo-Förderprogramm 2, das der Kantonsrat im Herbst 2021 mit einem Rahmenkredit von 12 Millionen Franken beschlossen hat.

Fazit: Das Geld ist vorhanden, die Projekte werden ausgeführt, die Projekte sind da, und ich sehe nicht, was ein spezieller Fonds bringen sollte. Ich habe Ihnen bereits bei den ersten Vorteilen klar dargelegt, was die Nachteile sind, auch finanztechnischer Natur. Sie riskieren eigentlich einen Stillstand, sollte der Fonds dann nicht dem Mittelbedarf dieser Projekte entsprechen. Sie können dann nicht einfach Budgetberatungen machen. Sie riskieren eine Schlechterstellung. Aber, was Sie sicher nicht erreichen, das ist eine Beschleunigung. Sie können mit solchen Fondslösungen nicht irgendetwas beschleunigen. In diesem Sinne bitte ich Sie doch ernsthaft, diese Motion nicht zu überweisen. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 83 : 80 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 62/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.